

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	130
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	19.10.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	die Vorsitzende, Frau Eggle (Personalrat JugA)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	"Zukunft im Blick - Personalgewinnung und -erhaltung in der Kita- u. Schulkindbetreuung ausbauen" - Antrag Nr. 162/2020 vom 07.05.2020 (CDU)		

Der im Betreff genannte Antrag sowie die Beantwortung und Stellungnahme des Herrn Oberbürgermeisters vom 24.07.2020 sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

BMin Fezer bezieht sich auf den Antrag Nr. 162/2020 der CDU-Gemeinderatsfraktion und teilt mit, dieser sei am 24.07.2020 mit einer Stellungnahme beantwortet worden. Es sei allerdings gewünscht worden, das Thema im JHA aufzurufen. Im Personalbeirat habe die Angelegenheit auf der Tagesordnung gestanden, sei aber in den JHA verwiesen worden. Die Personalvertretung konnte bisher nicht zu dem Thema vortragen, ergänzt die Vorsitzende.

StRin Ripsam (CDU) begründet den Antrag und erkundigt sich, ob es nicht sinnvoll wäre, an den Städtetag bezüglich der Rahmenbedingungen für Nichtfachkräfte heranzutreten. Die Diskussion mit dem Städtetag finde regelmäßig statt, teilt Frau Dr. Heynen (JugA) mit. Verwundert zeigt sich StRin Ripsam hinsichtlich der Beantwortung durch die Verwaltung zu Ziffer 1a + b "Rahmenbedingung für Nichtfachkräfte" angesichts des Satzes "Der aktuelle Rahmen bezüglich der Beschäftigung von Nichtfachkräften zu

Randzeiten des Früh- oder Spätdienstes wird bereits maximal ausgeschöpft". Um welche Nichtfachkräfte, es sich handle, die das Kultusministerium akzeptiere, möchte die Stadträtin wissen.

Zu Ziffer 2 "Handgeld - Aufstockung des gemeinsamen Fonds", GRDRs 49/2012, stellt StRin Ripsam einen Verweis in die nächsten Haushaltsplanberatungen fest. Zum Thema Handgeld erläutert Herr Mattheis (JugA), dieses wäre zu begrüßen, da aktuell sämtliche kleinen Aufmerksamkeiten wie Geburtstagsgeschenke, Begrüßungssträußchen und dergleichen von den Leitungskräften privat finanziert werden. Diese kleinen Aufmerksamkeiten seien aber von erheblicher Bedeutung für die Personalbindung, sodass dies nicht allein vom persönlichen finanziellen Engagement der Leitungskräfte abhängig sein sollte.

Zu Ziffer 3a + b "Anpassung der Stufenlaufzeit" bemerkt StRin Ripsam eine Beantwortung durch die Fachverwaltung. Allerdings müsste über die Tarifpartner eine Lösung gefunden werden, um die Sache abschließend zu behandeln.

Frau Eggle erhält die Möglichkeit, den Sachverhalt im Jugendhilfeausschuss vorzutragen und berichtet analog der Präsentation.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) bezieht sich auf den Antrag der CDU-Fraktion sowie auf § 7 Kitagesetz (KiTaG) und bemerkt, es könnten viele Nichtfachkräfte zu Randzeiten beschäftigt werden. Das Problem der Beschäftigung von Nichtfachkräften liege vielmehr im Bundespersonalschlüssel. Im Fachkräftecatalog befänden sich Erzieher, teils Kinderpfleger oder beispielsweise Personen, die in einem Praktikums- oder Ausbildungsverhältnis stehen oder ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) absolvierten, die als Kräfte herangezogen werden können. Innerhalb Deutschlands variierten die Vorgaben zu Betreuungsschlüsseln sehr stark. In Baden-Württemberg werden pädagogisch qualifizierte Fachkräfte per se als Qualität angesehen. Es müsse erreicht werden, dass Zusatzkräfte Fachkräfte unterstützten, die mittels eines Quer- oder Direkteinsteigerprogramms zu dieser Aufgabe befähigt werden. Auf eine Frage dieses Stadtrats teilt Frau Eggle mit, dass sie als Personalvertretung das Direkteinsteigerprogramm ausdrücklich unterstütze.

Als vollwertige Fachkraft im Sinne eines "Gesellen" bezeichnet StR Lazaridis den Beruf der Kinderpflegerin, wobei die Erzieherin einem "Meister" entspreche. Kinderpflegerinnen sollten als Fachkräfte im Sinne der Qualitätsbemühungen vom Kultusministerium angesehen und anerkannt werden. Diese Ansicht teilt Herr Schulze-Gronemeyer und ergänzt, es müsste ein Appell an das Kultusministerium und an den KVJS gerichtet werden, die Regelungen zu lockern. Für den Früh- und Spätdienst könne von Nichtfachkräften die Aufsichtspflicht gewährleistet werden.

Zu Ziffer 3a + b "Anpassung der Stufenlaufzeit" merkt StR Lazaridis an, es gebe keinen vernünftigen Grund, die Stufen nicht mitnehmen zu können. Er appelliert an die Verwaltung als Arbeitgeberin, diesen Punkt im Rahmen der Tarifverhandlungen aufzugreifen und zu verhandeln. Der Grundhaltung des Personalrats zur Fachkräftegewinnung schließt er sich vollumfänglich an.

Zu dem Mindestpersonalschlüssel führt die Vorsitzende aus, hierbei gehe es nicht ausschließlich darum, die Qualität in der Kita sicherzustellen, sondern es gehe auch darum, die Attraktivität als Arbeitgeber zu gewährleisten. Bei einer Unterversorgung bzw. wenn

Nichtfachkräfte beschäftigt werden, habe das zur Folge, dass es für die Fachkräfte schwerer werde.

Das Problem mit der Stufenlaufzeit gestaltet sich als Hemmschuh, besonders im Hinblick auf die Besetzung von Leitungsstellen, bemerkt StRin Ripsam. Der geltenden Vorgehensweise in der Beamtenlaufbahn sollte sich angeschlossen werden. Das "Mitnehmen der Stufeneingruppierung" sei ein Thema, so die Vorsitzende, auf das sie seit Jahren aufmerksam mache. Es gehe bei einer Höhergruppierung auch um die Übernahme von mehr Verantwortung, wozu die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermuntert werden. Die vorliegenden Ungleichheiten dürften daraus nicht resultieren.

Herr Schulze-Gronemeyer teilt mit, die freien Träger würden die vorgestellten Personalgewinnungsmaßnahmen ausdrücklich begrüßen. Allerdings seien Maßnahmen schwierig, die die Qualität reduzierten, indem der Betreuungsschlüssel oder die Betreuungszeiten reduziert werden. Trägerübergreifend sollte die Frage des Quereinstiegs nach § 7 KiTaG angegangen werden. Eine der besten Personalgewinnungsmaßnahmen sei die Nichtanrechnung der PiA-Auszubildenden auf den Stellenschlüssel gewesen. Die Situation, dass Auszubildende "Schulgeld" bezahlen müssten, sei verbesserungswürdig. Diese Personen sollten ebenfalls eine Ausbildungsvergütung erhalten.

Wie ihr Vorredner bezeichnet Frau Weegmann die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) als wichtigen Schritt, um Personal zu gewinnen. Diese Maßnahme reiche allerdings nicht aus, betont sie. Daher plädiere sie für die Beschäftigung von Nichtfachkräften sowie eine Möglichkeit des Quereinstiegs. Aus ihrer Sicht müssten speziell die jungen Männer im Rahmen der Personalgewinnung angesprochen werden. Viele Männer würden zunächst eine andere Ausbildung absolvieren und nach einiger Zeit einen Quereinstieg suchen. Der Quereinstieg müsste mit einer Einstellung in S4 erfolgen, wenn diejenigen vorhätten, den Abschluss als Erzieher zu machen. Für diesen Sachverhalt müssten die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen und die Öffentlichkeitsarbeit dahingehend ausgeweitet werden, Männer direkt anzusprechen.

Grundsätzlich begrüßen die freien Träger sämtliche Personalgewinnungs- und Personalerhaltungsmaßnahmen, äußert Herr Hardt. Sich an Herrn Schulze-Gronemeyer anschließend meint Herr Hardt, die Träger müssten hinsichtlich der Vereinbarungen der Tarifpartner ohne gravierende Unterschiede mitgenommen werden. Darüber hinaus betont er, die Dual-Studierenden müssten in Stufe 2 - mit einer befristeten Zulage - übernommen werden. Bezogen auf die Höhergruppierung und die Stufenlaufzeit sollten andere Berufsgruppen, wie die der Altenpfleger/-innen, im Sinne der Gleichbehandlung berücksichtigt werden. Herr Hardt teilt die Ansicht, dass die erworbene Stufenlaufzeit mitgenommen werden sollte. Sich auf die Äußerung von Herrn Hardt beziehend betont die Vorsitzende, neben den Erziehern/-innen gebe es zahlreiche Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die im Verhältnis deutlich schlechter bezahlt werden. Aus Gerechtigkeitsgründen dürften die anderen Beschäftigten der LHS nicht aus dem Blick verloren werden.

Frau Dr. Heynen weist auf das Vorliegen des Referentenentwurfs für das sogenannte Kinder- und Jugend-Stärkungsgesetz (KJSG) hin. Der Gesetzentwurf habe einen erheblichen Personalbedarf in der Jugendhilfe zur Folge. Es müsse in der Folge das Berufsfeld "Jugendhilfe Bildung und Erziehung" weiterhin gut beworben werden. Das Jugendamt beschäftige aktuell 19 Kinderpfleger/-innen. Diese stellten neben der Auslandsge-
winnung eine wichtige Säule der Personalgewinnung dar. Zu der Mitnahme von Stufen-

laufzeiten ist Frau Dr. Heynen der Ansicht, sämtliche Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe müssten mit einbezogen werden, da es große Schwierigkeiten bereite, Leitungsstellen zu besetzen. Herr Mattheis ergänzt, grundsätzlich werden alle Maßnahmen begrüßt, die helfen, zusätzliches Personal zu gewinnen. Aktuell sei die Nichtfachkräfte-Offensive als Maßnahme gestartet, um die ca. 300 offenen Stellen im Kitabereich zu besetzen. Die Fachverwaltung hoffe, dass sich diese Gruppe für eine Qualifizierung als Erzieher/-in entscheidet. Derzeit sei aufgrund der Coronabedingungen ein erleichterter Einsatz von Nichtfachkräften möglich, ergänzt Herr Mattheis.

Zum Abschluss hat Frau Eggle das Wort und äußert, bei der Vorstellung heute im JHA handle es sich um Ideen des Personalrats zur Personalgewinnung. Es bedürfe schnell guter Lösungen, da viele Erzieher/-innen durch ihren baldigen Renteneintritt für die Kinderbetreuung wegbrächen. Grundsätzlich sei der Personalrat des Jugendamts für jede Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung des Erzieher/-innenberufs sowie zur Personalgewinnung und -erhaltung dankbar und auch darauf angewiesen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von dem mündlichen Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (28)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 5. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 6. GPR (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS